



Deutscher AWACS-Einsatz ist ein wichtiges Zeichen unserer Bündnis-Solidarität

Am heutigen Freitag haben wir im Deutschen Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz der NATO in Afghanistan beschlossen. Mit dem Mandat wird die Teilnahme von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich. Die AWACS-Flugzeuge koordinieren den zunehmenden zivilen und militärischen Flugverkehr in Afghanistan und leisten Unterstützung bei Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Daher hat die NATO das Angebot der Bundesregierung zur Bereitstellung von AWACS-Personal ausdrücklich begrüßt. Es ist ein deutliches Zeichen der Bündnissolidarität. Die deutsche Beteiligung setzt Kapazitäten unserer Bündnispartner frei, die für die Militäroperation in Libyen verwendet werden.

Wir verurteilen das brutale Vorgehen des Gaddafi-Regimes gegen das libysche Volk. Aber ich halte es für richtig, dass die Bundesregierung ein militärisches Eingreifen in Libyen ausschließt. Sie unterstützt die Ziele der UN-Resolution 1973 auf andere Weise, nämlich durch die Entlastung unserer Bündnispartner an anderer Stelle.

Die UN-Resolution enthält auch eine erneute Verschärfung der internationalen Sanktionen. Diese gilt es jetzt umzusetzen. Die in den Mittelpunkt gerückte Umsetzung der Libyen-Resolution (die deutsche Übersetzung des Resolutionswortlautes können Sie übrigens auf meiner Homepage nachlesen) darf nicht vom Umbruch in der arabischen Welt ablenken. Wir unterstützen den demokratischen Wandel, der in Tunesien und Ägypten begonnen hat und auf weitere Länder der Region übergreift. Stabile, prosperierende und freiheitliche Gesellschaften in unserer Nachbarschaft sind in unserem ureigensten Interesse.



Deutschland entlastet die in Libyen engagierten NATO-Bündnispartner durch den Einsatz von AWACS-Flugzeugen im Luftraum Afghanistans. Foto: Bundeswehr

Die in den Mittelpunkt gerückte Umsetzung der Libyen-Resolution (die deutsche Übersetzung des Resolutionswortlautes können Sie übrigens auf meiner Homepage nachlesen) darf nicht vom Umbruch in der arabischen Welt ablenken. Wir unterstützen den demokratischen Wandel, der in Tunesien und Ägypten begonnen hat und auf weitere Länder der Region übergreift. Stabile, prosperierende und freiheitliche Gesellschaften in unserer Nachbarschaft sind in unserem ureigensten Interesse.

Die Wehrpflicht ist ausgesetzt, der Bundesfreiwilligendienst beschlossen

Auch wenn schon seit dem 1. März keine Wehrpflichtigen mehr eingezogen werden, haben wir erst in dieser Sitzungswoche die Aussetzung der gesetzlichen Verpflichtung zum Wehrdienst beschlossen. Nun soll der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt werden: Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 Freiwilligen, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens 12 Monate dienen. Zur Überbrückung personeller Engpässe werden künftig Verpflichtungsprämien für Mannschaftssoldaten aller Statusgruppen als finanziellen Anreiz gezahlt. Damit vollziehen wir einen ersten großen Schritt bei der Reform der Bundeswehr hin zu einer leistungsfähigen Armee, die konsequent an den Bedürfnissen des Einsatzes ausgerichtet wird.

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt automatisch auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Deshalb führen wir den so genannten Bundesfreiwilligendienst ein. Damit schaffen wir ein Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger, unser Gemeinwesen mitzugestalten und sich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern. Parallel zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes unterstützen wir die Länder beim Ausbau der schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste und fördern das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver.

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin

Ihr

Alois Karl
Bundestagsabgeordneter